

Schmerzhafter Wandel

Folgen der Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik

Jennifer Schevarado

Die tschechische Bevölkerung muss sich unter der neuen Regierung auf harte Zeiten gefasst machen. Sie hat es so gewählt.

Die Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik am 28./29. Mai 2010 haben ein eindeutiges Ergebnis gebracht. Die beiden großen Parteien, die konservativen Bürgerdemokraten (ODS) und die Sozialdemokraten (ČSSD) erhielten von der Bevölkerung eine schallende Ohrfeige – für Jahre der destruktiven, inhaltsleeren Scharmützel, zahlreicher Skandale und Korruptionsaffären, Misswirtschaft und politischer Stagnation. Bereits im Vorfeld waren starke Verluste der größten Regierungspartei ODS absehbar, die gemeinsam mit der ČSSD seit dem Sturz der Regierung Topolánek eine Übergangsregierung unterstützte. Dass die ODS kurz nach Beginn der heißen Wahlkampfphase ihre Nummer 1, den ehemaligen Premierminister Mirek Topolánek, abberief erschien zunächst wie ein äußerst heikles Manöver, hat der Partei letztlich aber noch größere Einbußen erspart. Mit dem ruhig und seriös auftretenden Petr Nečas an der Spitze konnte die ODS sich glaubwürdig als solide, konservative Partei präsentieren.

Noch in den letzten Umfragen vor der Wahl sah es so aus, als würde die ČSSD zumindest zahlenmäßig als eindeutiger Gewinner hervorgehen. Insofern war es überraschend, dass sie mit 22,1 Prozent letztlich nur knapp zwei Prozentpunkte vor der ODS lag. Viele potenzielle Wähler haben sich wohl in letzter Minute noch umentschieden, weil sie fürchteten, die Sozialdemokraten würden in Ermangelung eines anderen Koalitionspartners wirklich mit der Kommunistischen Partei paktieren. Aus dem unerwartet schlechten Ergebnis der Sozialdemokraten hat der langjährige Vorsitzende, Jiří Paroubek, Konsequenzen gezogen und seinen Rücktritt erklärt.

Bei der Abstrafung der beiden großen Parteien durch die Wähler in der Tschechischen Republik ist es als positives Zeichen zu werten, dass es nicht, wie so oft im Falle von Protestwahlen, zum Aufstieg offen extremistischer Parteien gekommen ist. Mit Top 09 und VV – Věci veřejné (Öffentliche Angelegenheiten), die beide als Neueinsteiger ins Prager Parlament zweistellige Ergebnisse erzielten (16,7 und 10,9 Prozent), werden nun zwei Parteien eine wichtige Rolle spielen, die dem politisch konservativen und wirtschaftlich liberalen Lager zuzuordnen sind. Zusammen mit der ODS werden sie eine Regierungskoalition bilden können, die mit 118 der 200 Parlamentsessel über eine komfortable Mehrheit verfügt. Man mag von dieser politischen Richtung halten, was man will, positiv ist sicherlich, dass es seit 1998 zum ersten Mal wieder eine Regierung geben kann, die nicht jeden einzelnen Parlamentsbeschluss durch potenzielle Abweichler ihrer Fraktionen gefährdet sehen muss.

Trotz diesen positiven Signalen, die von den Wahlen des letzten Maiwochenendes ausgehen, könnte es sein, dass die Freude vieler Tschechen schon bald wieder gedämpft wird. Der Rechtsruck, den das Wahlergebnis darstellt, ist wesentlich stärker, als es bislang den Anschein hat – und vermutlich auch, als es sich viele Tschechen wünschen. Die Medien, tschechische wie deutsche, sprechen bislang von einer »Mitte-Rechts-Koalition«; ODS-Vorsitzender Nečas umgeht solche Positionsbeschreibungen und nennt sie »Koalition der Haushaltsverantwortung«. In der Tat ist dies die dringlichste Aufgabe der neuen Regierung: Angesichts einer Staatsverschuldung von knapp 46 Milliarden

Euro ist Sparen angesagt. Dieser Punkt hat auch im Wahlkampf die entscheidende Rolle gespielt. Doch Experten beurteilten die von der ODS vorgeschlagenen Maßnahmen, mit denen sie die Staatsschuld von zurzeit 36 Prozent des BIP bis 2012 auf unter drei Prozent senken wollen, als nicht effektiv. Vor allem von TOP 09 wurde sie für ihren fehlenden Willen zum entschiedenen Durchgreifen kritisiert.

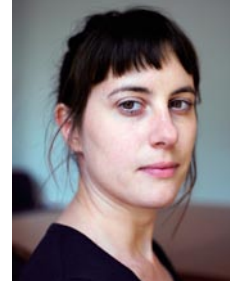
TOP 09 hingegen, die Partei, der offiziell der allseits beliebte, ehemalige Außenminister Karel Schwarzenberg vorsteht, in der aber vor allem der ehemalige Finanzminister Miroslav Kalousek für Programmatisches zuständig ist, hat sich von Beginn an als Partei mit dem höchsten wirtschaftlichen Sachverstand präsentiert. Programmatische Fragen spielten allerdings in dem aufgeheizten und hoch personalisierten Wahlkampf eine nur untergeordnete Rolle. Viele Tschechen haben die Partei vor allem wegen Schwarzenberg gewählt. Ob sie hingegen auch das Programm von TOP 09 genau angesehen haben, ist fraglich. Die Maßnahmen, die die Partei zur Sanierung des Staatshaushaltes vorsieht, brächten nämlich einen tief greifenden Umbau der Sozialsysteme in der Tschechischen Republik, der stark zu Lasten der Mittelschicht gehen würde. Staatliche Transferleistungen sollen radikal gekürzt, der Eigenbeitrag der Patienten zur Gesundheitsversorgung erhöht, der staatliche Anteil an der Rentenversicherung gekürzt werden. Die Partei schlägt zudem die Kürzung der Einkommen im öffentlichen Sektor und die Aufhebung von Steuerfreibeträgen vor. Diese Schritte werden vor allem die Lage der mittleren und unteren Schichten verschlechtern. Viele Tschechen werden sich in ein paar Monaten vielleicht fragen, ob sie von der Partei mit dem gutmütig wirkenden Karel Schwarzenberg an der Spitze nicht eigentlich etwas Anderes erwartet haben.

Auch der andere Neueinsteiger ins tschechische Regierungskarussell, VV, wirkt auf den ersten Blick viel harmloser, als es sein Parteiprogramm im Falle einer Regierungsbeteiligung verspricht. An der Spitze steht der ehemalige Fernsehmoderator Radek John, der sich als investigativer Journalist in Korruptionsfällen einen Namen machen konnte. Er hat die klare Sprache des

medial wirksamen Anklägers in die tschechische Politik gebracht, sich als Antiestablishment von den von ihm so genannten Politdinosauriern abgegrenzt und den Kampf gegen Geschäftemacherei und Bestechung zum Hauptanliegen gemacht. Er traf damit einen sensiblen Nerv in der tschechischen Gesellschaft – und hatte Erfolg. Ausländische Medien bezeichnen die Partei, die sich auch für direkte Demokratie einsetzt, als der »Mitte« zugehörig, einige sogar als »linksliberal«. Ein Blick ins Parteiprogramm und auf das, was ihre Repräsentanten sagen, lässt einen deutlich anderen Eindruck entstehen. VV vertritt nicht nur die bei der Bevölkerung populären Maßnahmen zur stärkeren Kontrolle der Vergabe öffentlicher Aufträge oder des Finanzgebarens von Parlamentariern, sondern fordert auch die systematische Überwachung von Straßen und des öffentlichen Nahverkehrs mit Kameras und durch den Einsatz von Wachdiensten. VV tritt auch dafür ein, die Vergabe von Sozialleistungen scharf zu reglementieren und sie Personen zu entziehen, die sich Kleinstvergehen wie Störung der Nachtruhe oder Erregung öffentlichen Ärgernisses schuldig machen. Zudem benutzen einige Vertreter der Partei gerne den Begriff »positiven Diskriminierung«, der die angebliche Privilegierung von Roma bei der Vergabe von staatlichen Leistungen anprangern soll. Der Begriff wurde in der Tschechischen Republik von Rechtsextremen geprägt. Was die Partei in ihrem Kern ausmacht, ist noch nicht klar. Es gibt in ihr aber unübersehbar Tendenzen, die für starke soziale Unruhe sorgen könnten, wenn sie sich in der Koalition durchsetzen.

In der sich abzeichnenden Regierung von ODS, TOP 09 und VV hat Radek John gute Chancen, Innenminister zu werden, Miroslav Kalousek von TOP 09 wird vermutlich Finanzminister. Reformen im Land sind notwendig, und die Wähler haben durch ihre Abstimmung gezeigt, dass sie den Wandel begrüßen. Ob sich jedoch die Mehrheit im Klaren darüber ist, wie tief greifend und darum auch schmerzhaft dieser Wandel sein könnte, den die neue Regierung anstrebt, wird sich noch zeigen. In jedem Fall wird die Regierungskoalition gut beraten sein, bei ihren Reformen ein gemäßigtes Tempo einzuschlagen, ihre Politik gut zu moderieren und die sozialen Konsequenzen im Auge

zu behalten. Sonst könnte in der Tschechischen Republik eine Phase der sozialen Härte und wirtschaftlichen Dürre anbrechen, die viele Bürger vielleicht nicht bereit sein werden zu tragen.



Dr. Jennifer Schevardo
<schevardo@dgap.org>